

PROTOKOLL

über die 9. Sitzung des **Beirates Huchting**,
am Montag, 21. September 2015, in der Aula
der Roland zu Bremen Oberschule, Flämische Str. 9

Anwesend:	vom Ortsamt	Frau Yildirim, Herr Hobbiesiefken
	vom Beirat	Frau Averwenser, Frau Cikryt, Frau Kretschmann, Herr Blanke, Herr Bodmann, Herr Böse, Herr Bries, Herr Golkontt, Herr Hamen, Herr Horn, Herr Krauskopf, Herr Krüger, Herr Rietz, Herr Sahin, Herr Siepker
	entschuldigt	Frau Batrakow, Frau Werner
	Gäste zu TOP 3	Frau Stahmann (Senatorin für Soziales und Sport), Frau Jendrich und Herr Brumma (Senatorin für Bildung), Frau Kähler (Innere Mission)

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr mit der Begrüßung der Bürgerinnen und Bürger, der Vertreter des Polizeireviere Huchting, Herrn Günther und Herrn Schmidt, der Bürgerschaftsabgeordneten, Frau Leonidakis, Herrn Fecker, Herrn Senkal und Herrn Tassis, der Senatorin für Soziales und Sport, Frau Stahmann, der Vertreter der Presse und der Mitglieder des Beirates eröffnet.

Die fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Das Protokoll der 7. Sitzung 2015 wird mit einer Gegenstimme genehmigt. Herr Blanke erklärt, dass er die Genehmigung des Protokolls ablehnt, da er seiner Meinung nach in einige Fachausschüsse als Bürger nach § 23 (5) Beirätegesetz entsandt wurde.

Das Protokoll der 8. Sitzung 2015 wird nicht genehmigt, da Frau Kretschmann Änderungen beim TOP 3 hat. Sie wird diese Änderungen dem Ortsamt mitteilen, damit diese im Protokoll aufgenommen werden können.

Die mit der Einladung versandte Tagesordnung wird verlesen und angenommen.

Tagesordnung

1. Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Erklärung des Beiratssprechers
3. Unterbringung von Flüchtlingen in Huchting
 - im Gebäude der ehem. Schule Bokellandsweg an der Luxemburger Str. 50
 - auf dem Gelände des ehem. ASV-Betriebshof bzw. auf dem ehemaligen Sportplatz in der Obervielander StraßeInformationen der Senatorin über den derzeitigen Stand
Weitere Planungen bzgl. Flüchtlingsunterkünften in Huchting
Forderungen des Beirates
4. Verschiedenes

Die Behörde wird die weiteren Planungen in Huchting bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen vorstellen. Außerdem liegt ein Antrag des Jugendbeirats Huchting sowie diverse Anträge der Parteien vor, die in der Reihenfolge ihres Eingangs behandelt werden.

TOP 1 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

Es gibt nichts zu diesem Tagesordnungspunkt.

TOP 2 Erklärung des Beiratssprechers

Erklärung des Beiratssprechers Herrn Bries für die Parteien SPD, CDU, Bündnis90/die Grünen, Die Linke, BIW und der FDP:

„In den letzten Tagen und Wochen haben sich die Ereignisse in Europa, Deutschland, Bremen und auch in Huchting überschlagen: Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Albanien und anderen krisengeschüttelten Ländern suchen Schutz, Geborgenheit und vor allem Sicherheit. Keiner von uns kann sich vorstellen, wie schlimm es sein muss, über Monate auf der Flucht zu sein und zudem Angst um Leib und Leben zu haben.

Aus diesem Grunde habe ich mich als Beiratssprecher des Beirates Huchting verpflichtet gefühlt, mit den eben genannten Parteien hier heute Abend diese Erklärung abzugeben. Wir alle wünschen uns, dass heute auf dieser Sitzung respektvoll, demokratisch sowie menschlich und zielorientiert diskutiert wird.

Seit vielen Jahren arbeiten Huchtingerinnen und Huchtinger für ein Klima der Toleranz und gegenseitigen Achtung. Das konfliktfreie Zusammenleben von Kulturen, Sprach- und Religionsgemeinschaften in Huchting ist und bleibt das Ziel aller demokratischen Kräfte in unserem Stadtteil.

Die in diesem Zusammenhang gemachten positiven Erfahrungen in Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen, Vereinen, Sportclubs und in der Nachbarschaft lassen wir uns nicht nehmen. Die unbegründeten Ängste einiger Menschen dürfen nicht dazu führen, zu Hass und Diskriminierung gegenüber Teilen unserer Wohnbevölkerung aufzurufen.

Wir weisen Hetze und Intoleranz entschieden zurück. Es gilt dem ein buntes vielfältiges Huchting entgegenzusetzen, das die gesamte Kreativität und Vielfalt des Stadtteils widerspiegelt. Das jahrelange nachhaltige Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer, Muttersprachen und Religionen in unserem Stadtteil darf keinen empfindlichen Schaden erleiden.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen freiwilligen Helferinnen und Helfern bedanken. Gleichzeitig möchten wir alle Flüchtlinge in Huchting herzlich willkommen heißen.“

Herr Golkontt hat sich dieser Erklärung nicht angeschlossen. Er verliest eine persönliche Erklärung:

„Das Ziel eines „konfliktfreien Zusammenlebens“, wie es sich die Altparteien und auch die BIW wünschen, kann es nicht geben. Dies wäre der Tod jeder Demokratie. Sie, die Demokratie, lebt von der Auseinandersetzung in der Suche nach der Wahrheit.

In der Frage der Masseneinwanderung möchten die Altparteien und auch die BIW ein „buntes vielfältiges Huchting“ einem Phantom von „unbegründeten Ängsten einiger [nicht näher definierter] Menschen entgegensetzen, die angeblich „zu Hass und Diskriminierung aufrufen.“

Die Altparteien und die BIW möchten uns mit aller Macht die Ideologie des Multikulturalismus aufzwingen, die unser Grundgesetz gar nicht kennt. Deshalb stellen sie sich nicht die Frage, wie viel Einwanderung das deutsche Volk verkraften kann. Je mehr Vielfalt, desto besser heißt die Devise.

Wir von der AfD hingegen fordern die Durchsetzung einer deutschen Leitkultur, orientiert an der Geschichte und Tradition, in die sich ausnahmslos alle integrieren müssen.

Deshalb haben wir als deutsche Staatsbürger das Recht und die Pflicht, darüber zu entscheiden mit wem und unter welchen Bedingungen wir Menschen in unser Land lassen, die bei uns leben wollen. Diese Entscheidung wird dem deutschen Volke in der gegenwärtigen Situation vorenthalten.

Die Vertreter des deutschen Staates versagen hier auf allen Ebenen. Die Bundesregierung, die es erlaubt, dass Menschen nicht nur widerrechtlich, sondern auch mit Gewalt die Grenze übertreten. Die Landesregierungen und Gemeindevertreter, die nach mehr Geld schreien, statt die Bundesregierung dabei zu unterstützen die Grenzen zu schützen.

Die Offiziellen belehren uns, wir müssten helfen, koste es was es wolle. Es wird nicht nach den schutzwürdigen Interessen des deutschen Volkes und der hier Lebenden gefragt. Wir sollen nicht danach fragen, wer in unser Land kommt, ob darunter Islamisten sind. Wir sollen nicht danach fragen, ob diese Menschen hier rechtmäßig sind. Wir sollen nicht danach fragen, welche Konsequenzen die muslimische Masseneinwanderung aus dem Balkan, dem Nahen Osten und Afrika für unsere Kultur hat.

Wir sollen unsere Bedenken für uns behalten, denn sonst werden wir bestenfalls als herzlos, aber sehr oft als ausländerfeindlich, rassistisch oder gar als Nazis bezeichnet. Dem stellen wir uns als Alternative für Deutschland entgegen.

Wir fordern den sofortigen Stopp der Masseneinwanderung unter dem Deckmantel der Flucht. Die Politik des Nachgebens bedeutet eine Islamisierung unseres Landes und bedroht die deutsche und europäische Kultur. Wir können nicht „alle Flüchtlinge willkommen heißen“, sondern nur die Menschen, die rechtmäßig ins Land kommen, die tatsächlich nachweisen können, von Tod und Vertreibung bedroht zu sein, sowie unsere Kultur und Gesetze als für sich bindend akzeptieren. Da diese Bedingungen bisher nicht erfüllt sind, fordern wir intensive Grenzkontrollen und stellen das Grundrecht auf Asyl in der gegenwärtigen Form in Frage, solange keine Lösung gefunden ist und das deutsche Volk am Entscheidungsprozess angemessen beteiligt wurde.“

TOP 3 Unterbringung von Flüchtlingen in Huchting

• im Gebäude der ehem. Schule Bokellandsweg an der Luxemburger Str. 50

• auf dem Gelände des ehem. ASV-Betriebshof bzw. auf dem ehemaligen Sportplatz in der Obervielander Straße

Informationen der Senatorin über den derzeitigen Stand

Weitere Planungen bzgl. Flüchtlingsunterkünfte in Huchting

Forderungen des Beirates

Frau Stahmann bedankt sich, dass sie heute auf der Beiratssitzung sprechen darf und den Huchtingerinnen und Huchtingern die aktuelle Situation schildern kann.

Ursprünglich war geplant, die Notunterkunft in der ehemaligen Schule Bokellandsweg in der Luxemburger Straße 50, nach dem Umzug der dort untergebrachten ca. 70 Flüchtlinge in die Huchtinger Heerstraße 5-7, zu räumen.

Da Bremen kurzfristig in eine Notsituation bezüglich der Aufnahme weiterer Flüchtlinge geraten ist, hat sie die weitere Belegung mit ca. 50 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen angeordnet und den Beirat kurzfristig darüber informiert.

Als Sozialsenatorin hat sie täglich mit dem Thema Flüchtlinge zu tun. Sie findet, Herr Golkontt sollte sich schämen, so über die Flüchtlinge zu sprechen. Wenn man schaut, wie es den Menschen geht, die in Bremen ankommen, kann man ihnen die überstandenen Strapazen deutlich ansehen. Wenn man mit ihnen spricht, merkt man sofort, dass diese Menschen etwas erreichen wollen. Vor allem wollen sie Frieden.

Sicherlich gibt es auch „schwarze Schafe“ unter ihnen. Die Mehrheit sehnt sich jedoch nur nach Frieden, den sie hier finden können. Eine Vielzahl der geflohenen Menschen kommt aus Syrien. Ihr Land existiert kaum noch. Viele der Frauen wurden vergewaltigt.

Für Frau Stahmann ist die Aufnahme der Flüchtlinge Aufgabe und Verpflichtung, ebenso eine Herzensangelegenheit. Außerdem wird in Bremen das Grundrecht auf Asyl umgesetzt. In Bremen hat jedes zweite Kind, das eine Schule besucht, Eltern aus einem anderen Land. Auch dieses spiegelt wieder, dass Bremen bunt ist und bleibt. Diese Mischung tut dem Land und der Stadt Bremen gut. Bremen hat sich so auch zum Positiven gewandelt. Bei ihrer Ar-

beit hat sie viele Menschen kennengelernt und sie möchte auf diese Bekanntschaften nicht verzichten. Viele der Übergangwohnheime in Bremen werden von Migranten geleitet. Sie leisten super Arbeit unter schweren Bedingungen. Sie bedankt sich bei allen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für ihre Arbeit und Engagement.

Die unangenehme Nachricht, dass die Unterkunft in der Luxemburger Straße verlängert wurde, ist nun allen schon bekannt. Angesichts der aktuellen Lage besteht akute Platznot. Da möglichst auf Zelte verzichtet werden soll und die Unterkunft in der Luxemburger Straße 50 sonst leer stehen würde, war sie gezwungen, die Belegung ohne Zustimmung des Beirates anzuordnen. Für die weitere Nutzung des Gebäudes werden Instandsetzungsmaßnahmen vorgenommen. Ebenso sollen die Bedürfnisse der Nachbarn, soweit möglich, Beachtung finden. In den letzten Tagen sind sehr viele Menschen mit Zügen aus München angekommen, die untergebracht werden mussten. Bremen nimmt nach dem Königssteiner Schlüssel knapp 1 % der in Deutschland ankommenden Menschen auf.

In Huchting sind derzeit ca. 500 Flüchtlinge in den verschiedenen Einrichtungen untergebracht. Alle anderen Stadtteile haben ebenfalls Flüchtlinge aufgenommen, so sind in Oberneuland 500 und in Blumenthal 350 Flüchtlinge untergekommen.

Wichtig ist, den Menschen so schnell wie möglich unsere Sprache beizubringen und den Kindern den Zugang zu Kindergärten und Schulen zu ermöglichen. Sprachkurse werden in Bremen vom ersten Tag an finanziert.

In dieser Sitzung geht es ebenfalls darum, einen weiteren Standort für die Unterbringung von Flüchtlingen zu finden. Dabei wird der Blick auf den Platz 7 an der Obervielander Straße gerichtet. Dort wird überlegt, Container aufzustellen oder Unterkünfte in Holzrahmenbauweise für ca. 210 Menschen zu errichten. Dieses Vorhaben befindet sich jedoch noch in der Diskussion. Die Einrichtung weiterer Unterbringungen wird nötig sein, denn Krieg ist nicht planbar und ein Ende des Flüchtlingszustroms ist nicht absehbar. Im letzten Jahr ist die Einwohnerzahl Bremens durch die Aufnahme von Flüchtlingen um knapp 1 % gestiegen. Dieses Jahr werden es noch mehr sein.

In Huchting, hat sie festgestellt, werden die Flüchtlinge sehr gut aufgenommen und es wird hier auch ehrenamtlich viel dafür getan, die Menschen zu integrieren. Die Halle der Schule Delfter Straße soll so schnell wie möglich wieder geräumt wenn die Menschen in die neu errichteten Bauten auf dem Platz 7 untergebracht werden. Für die Schulen und auch die Vereine ist es wichtig, dass sie schnell ihre Angebote in der Halle wieder aufnehmen können. Nun will sie sich die Wünsche und Anregungen aus dem Beirat und der Bevölkerung anhören.

Frau Yildirim fragt den Beirat, ob die Sitzung von Anfang an auch für Fragen der Bevölkerung geöffnet werden soll.

Einstimmiger Beschluss: Die Sitzung wird von Anfang an auch für Fragen aus der Bevölkerung geöffnet.

Frau Averwesser stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Begrenzung der Redezeit auf drei Minuten.

Einstimmiger Beschluss: Die Redezeit wird auf drei Minuten begrenzt.

Frau Kähler von der Inneren Mission, die für die erste Zeit die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) in der Luxemburger Straße 50 übernommen hat, berichtet über den aktuellen Stand.

Erst einmal möchte sie sich für die in Huchting herrschende Willkommenskultur bedanken.

Sie berichtet, dass die Innere Mission im Juli 2015 die Betreuung von 70 umF in einer Turnhalle in Arsten übernommen hat.

Folglich hat die Innere Mission schon Erfahrung im Umgang und der Betreuung von umF. Ende August 2015 wurde dann von der Sozialbehörde angefragt, ob die Innere Mission die Betreuung von umF bis Ende September in Huchting übernehmen kann. Die Innere Mission betreut nun schon seit dem 1. September die umF in der Luxemburger Straße 50. Derzeit sind dort 50 umF im Alter von 15-17 Jahren untergebracht, die aus Afghanistan, Syrien, Somalia, Gambia, Guinea, Marokko oder Algerien kommen. Für die umF ist die Veränderung ihrer Lebenssituation besonders schwierig, denn sie sind gerade in ihrer Entwicklung und müssen nun das Leben alleine ohne Familie in einer für sie total fremden Kultur bewältigen. Sie brauchen viel Unterstützung, damit sie für sich eine Perspektive entwickeln können. Dafür wollen sie zur Schule gehen, eine berufliche Zukunft haben. In Huchting wurde der Inneren Mission ein großes Netzwerk an Initiativen und Einrichtungen angeboten.

Im Gebäude der Luxemburger Straße 50 soll die Wohnsituation verbessert werden, nicht alles ist so, wie es sein könnte. Von den Jugendlichen besuchen bereits sieben eine Schule, alle anderen sollen folgen. Die Innere Mission hilft den jungen Flüchtlingen, sich in die Gesellschaft einzufügen, ohne dass sie dabei ihre Persönlichkeit verlieren.

Bereits Ende September wird die Innere Mission die Betreuung der umF an einen anderen Träger übergeben.

Frau Jendrich und Herr Brumma von der Bildungsbehörde berichten darüber, wie die Beschulung der umF erfolgen soll.

Frau Jendrich kümmert sich um die berufliche Bildung. Sie ist daher zuständig für die Beschulung der umF ab 16 Jahren. Die unter 16-jährigen haben bereits alle einen Schulplatz. Für alle anderen wird ein Schulplatz gesucht. Bedingung ist, dass sie bei der Meldebehörde angemeldet sind. Bis vor kurzem war das Verfahren noch anders, für die Jugendliche wurde sofort versucht, einen Schulplatz ohne Anmeldung zu finden. Problem dabei war, dass die Jugendlichen häufig nur kurz an einem Ort geblieben sind. Daher gab es immer ein großes Durcheinander, da sie an einem anderen Tag in einer anderen Unterkunft erfasst wurden und dort ebenfalls nach einem Schulplatz gesucht wurde. Daher muss nun zuerst die Anmeldung erfolgen.

Zur Zeit sind in Bremen ca. 500 umF in 14 Berufsbildenden Schulen untergebracht. Rechnerisch müsste es in Bremen 15 neue Vorkurse geben, um alle zu versorgen. Diese werden auch laufend eingerichtet. Da dieses aber nicht so schnell realisiert werden kann, soll es eine Vor-Ort-Beschulung geben, bis die Jugendlichen eine Schule und einen Vorkurs besuchen können. Dieses ist eine Kompromisslösung, da es wichtig ist, ihnen schnell das Erlernen der Sprache und die Integration zu ermöglichen.

Herr Brumma ergänzt, dass die Bildungsbehörde täglich eine Liste mit angemeldeten umF von der Meldebehörde bekommt. Bei der Beschulung wird darauf geachtet, dass sie möglichst nah an ihrer Unterbringung zur Schule gehen können. Da für die vielen umF zu wenig Personal zur Verfügung steht, dauert die Vermittlung an die Schulen länger. Die Bildungsbehörde sucht als Zwischenlösung nach Pensionärinnen und Pensionären, die die Beschulung der umF übernehmen können, denn Deutsch zu lernen ist erst einmal das Wichtigste. Nach einem Jahr in einem Vorkurs können die über 16-jährigen umF dann berufsbildende Schulen besuchen, manche sind auch schon so weit und können studieren.

Herr Tassis erkundigt sich, ob Frau Stahmann nichts vom Nachtragshaushalt weiß, der von der Bürgerschaft beschlossen wurde. Für ihn ist das alles eine Steuerverschwendung.

Aus dem Beirat wird gesagt, dass schon jetzt 20 % der Bremer auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Es wird schon so nicht geschafft, dass alle öffentlichen Einrichtungen mit genügend Finanzmitteln und Personal ausgestattet sind und jetzt kommen noch die Flüchtlinge hinzu. Für ihre Unterbringung in Unterkünften in Holzrahmenbauweise werden über

neun Millionen Euro eingeplant, für die Polizei gibt es dieses Geld nicht, obwohl z. B. die Einbruchsrates erheblich gestiegen ist.

Ein anderes Beiratsmitglied erkundigt sich nach weiteren Plänen für die Belegung von Sporthallen im Stadtteil durch Flüchtlinge. Bildung und Bewegung sind für die Entwicklung der Kinder wichtig. Auch für die Flüchtlingskinder ist Sport in doppelter Hinsicht von Vorteil, denn die Integration durch Sport geht viel schneller. Außerdem lernen die Kinder so auch gleich gewisse Verhaltensregeln kennen. Da die Halle des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums belegt ist, fehlt diese wichtige Möglichkeit der Integration. Außerdem sind die Vereine zunehmend in ihrer Existenz bedroht. Vereinsmitglieder könnten den Verein verlassen oder ihren Beitrag kürzen, wenn sie ihren Sport nicht mehr wie gewohnt wahrnehmen können. Es wird sich erkundigt, wie lange die Halle des Gymnasiums voraussichtlich belegt werden soll und ob es angedacht ist, dass die Vereine Ausgleichszahlungen von den Behörden erhalten.

Aus dem Beirat wird außerdem auf die Wichtigkeit einer entsprechenden Infrastruktur hingewiesen. Die Leute müssen wissen, wen sie ansprechen können und wo sie was machen können. Außerdem sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass die Einrichtungen nicht überbelegt werden. Die Leute haben so schon wenig Platz für sich allein. Dass die Innere Mission die Betreuung der umF nur für einen Monat übernimmt, wird als unglücklich empfunden. Es wird sich erkundigt, wer danach für die Leitung der Unterkunft vorgesehen ist.

Weiter wird gesagt, dass es in Huchting ein großes und gut funktionierendes Netzwerk von Jugendhelfeträgern gibt. Diese finanzieren sich zu einem Großteil aus Mitteln des Konzeptes „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ (OKJA). Vor kurzem ist die Haushaltssperre in Kraft getreten. Auch die Haushaltsberatungen werden sich bis Mitte 2016 hinziehen. Die Träger können nicht sicher planen, da sie nicht wissen, wie viele Mittel ihnen 2016 für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Über die Jugendeinrichtungen wird ein immenser Teil der Integration geleistet.

Frau Jendrich berichtet, dass die umF sehr wissbegierig sind und die deutsche Sprache quasi in sich aufsaugen. Die Lehrer, die sie unterrichten, tun dieses gerne, denn ihre Schüler wollen lernen. Die 25 Stunden Deutschunterricht die sie in der Woche bekommen, sind den umF zu wenig.

Frau Stahmann erklärt, dass diskutiert wird, die OKJA-Mittel von der Haushaltssperre auszunehmen. Ebenso wird diskutiert, wie mit den Vereinen umgegangen werden soll, die ihre Hallen nicht nutzen können. Sie rechnet damit, dass die Halle des Alexander-von-Humboldt Gymnasiums acht bis neun Wochen gebraucht wird. Verzögerungen können jedoch immer eintreten. Bei der Suche nach Unterkünften haben Sporthallen keine Priorität. Vielmehr wird auf Angebote gewerblicher Immobilienbesitzer gewartet.

Leider ist es so, dass die Einrichtungen in der Regel überbelegt sind. Manche der Flüchtlinge schlafen deshalb auf den Fluren. Die Scharnhorstkaserne wurde vor kurzem ebenfalls für Flüchtlinge hergerichtet. Viele der Betten dort sind klapprig. Neue Betten bekommt man kaum noch, die Nachfrage ist zu groß. Meist gibt es nur noch Matratzen. Da die Zahl der Flüchtlinge steigt, hat nun auch Bremen die Bundeswehr um Unterstützung gebeten. Sie wird Bremen logistisch und medizinisch bei der Versorgung von Flüchtlingen unterstützen. Außerdem kümmert sie sich um die Verteilung von Hilfsgütern. Auch der Bund stellt seine ungenutzten Immobilien für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung.

Die Leitung der Einrichtung für umF in der Luxemburger Straße 50 wird die Reisende Werk-schule Scholen und die DEFA übernehmen.

Auch vom Nachtragshaushalt weiß sie. Da die Unterbringung so vieler Flüchtlinge nicht eingeplant war und in anderen Bereichen nicht so viel eingespart werden kann, wie benötigt wird, musste der Haushalt aufgestockt werden. Das Sozialressort hatte auch schon vor dem

Nachtragshaushalt den größten Etat. Dafür werden in Bremen bis 2019 auch 2.100 neue Kita-Plätze geschaffen. Aber auch Ganztagschulen werden ausgebaut und für die Betreuung älterer Menschen wird viel getan.

Aus dem Beirat wird sich erkundigt, was mit der Luxemburger Straße 50 weiter geplant ist. Außerdem wird sich nach den Kosten für die Unterbringung eines Flüchtlings erkundigt, und ob Bremen Asylbewerber abschiebt, wenn deren Antrag abgelehnt wurde.

Weiter wird sich erkundigt, ob der ehemalige Betriebshof des ASV nicht besser geeignet ist als der Bolzplatz, um für die Flüchtlinge eine Unterkunft zu schaffen. So könnte der Bolzplatz weiterhin genutzt werden. Weiter wird angeregt, Familien aus den Herkunftsländern der umF zu suchen, damit diese Patenschaften übernehmen können. So entsteht für die Jugendlichen eine Art Heimatgefühl. Außerdem wird gefragt, wie die Übergabe zwischen den Trägern ablaufen soll. Gibt es Überschneidungen, so dass die Innere Mission die neuen Träger einarbeiten kann oder findet einfach nur ein Wechsel statt?

Frau Stahmann berichtet, dass „Jugend im Exil“ die Jugendlichen an Pflegefamilien vermittelt. Vorab wird natürlich vom Jugendamt ermittelt, ob die Familien sich eignen. Außerdem wird überall nach Verwandten von den Jugendlichen gesucht, auch im Ausland. Die Jugendlichen haben ebenfalls ein starkes Interesse daran, wieder mit ihren Verwandten vereint zu werden und ziehen dann zu ihnen.

Wo die geplante Unterkunft genau stehen soll, ob auf dem ASV-Gelände oder auf dem Bolzplatz, kann sie nicht sagen. Sie schlägt vor, einen Vor-Ort-Termin mit interessierten Beiratsmitgliedern zu vereinbaren.

Frau Kähler berichtet, dass sie seit zwei Wochen in engem Kontakt mit den Nachfolgern der Unterkunft in der Luxemburger Straße 50 steht. Beide Seiten achten darauf, dass gründliche Vorbereitungen getroffen werden, damit keine Information verloren geht. Bereits am Mittwoch soll es eine erste Übergabe geben. Am 1. und 2. Oktober werden noch zwei Mitarbeiter/innen, eine/r aus der Früh- eine/r aus der Spätschicht, anwesend sein.

Herr Bries stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Die Rednerliste soll geschlossen werden.

Einstimmiger Beschluss: Die Rednerliste wird geschlossen.

Aus dem Beirat wird gesagt, dass es unmenschlich ist, in Zelten zu schlafen, gerade im Winter. Wie vielen Menschen auffällt, stehen viele Gebäude in Bremen leer, die Besitzer wollen jedoch nicht vermieten. Es wird sich daher erkundigt, ob diese Objekte nicht beschlagnahmt werden könnten. In Berlin wird bereits so verfahren.

Im Publikum ist man der Meinung, vor den Flüchtlingen braucht man keine Angst zu haben. Höchstens davor, dass die Fachkräfte wieder abwandern. Außerdem wäre es schön, wenn der Bolzplatz erhalten bleiben würde. So kommen die Kinder und Jugendlichen wenigstens mal an die frische Luft.

Frau Leonidakis ist der Ansicht, dass die soziale Versorgung nicht mit genügend Finanzmitteln ausgestattet ist. Außerdem möchte sie gerne wissen, warum lediglich sieben der 50 umF beschult werden.

Aus dem Beirat wird vorgeschlagen, die beiden Recyclinghöfe in Huchting zusammen zu legen. So wäre weiterer Platz für Unterkünfte da.

Außerdem wurden über 100 Unterschriften gesammelt, mit der die Schließung der Unterkunft in der Luxemburger Straße 50 gefordert wurde. Wie sollen die Flüchtlinge außerdem extra Deutschunterricht bekommen, wenn es an den Schulen selbst an Deutschlehrern mangelt?

Frau Jendrich erklärt, dass die 43 noch nicht beschulten Jugendlichen deshalb noch nicht beschult werden, weil sie beim Einwohnermeldeamt noch nicht angemeldet sind. Um den Bedarf an Lehrkräften decken zu können, wirbt Bremen Lehrer beim Goethe-Institut ab.

Frau Kähler berichtet, dass alle Anmeldungen der Jugendlichen beim Einwohnermeldeamt vorliegen und man jetzt nur noch auf eine Rückmeldung wartet. In der Zwischenzeit wird nach Lösungen gesucht. So wird in der Unterkunft unter der Woche ein Deutschunterricht von 9 – 13 Uhr angeboten. Durchschnittlich nehmen 30 der umF teil.

Eine Bürgerin beschwert sich, dass rund um das Gebäude Müll verstreut liegt. Außerdem liegen in den Gärten Spritzen herum und die Jugendlichen werfen ihren Müll einfach aus den Fenstern. Des Weiteren gibt es bis in den späten Abend hinein Lärm.

Der Bürgerin wird von Frau Yildirim geraten, bei solchen Vorfällen das Gespräch mit der Heimleitung zu suchen oder die Polizei zu kontaktieren. Jedoch sollte man vorsichtig sein mit solchen Anschuldigungen, wenn dafür kein Beweis vorhanden ist.

Frau Stahmann weiß, dass Berlin Gebäude beschlagnahmt. Jedoch muss Berlin trotzdem Miete zahlen und die Besitzer lassen sich das sehr teuer vergüten.

In Bremen ist man derzeit mit der Baumarktkette Max Bahr in Verhandlungen. Sie soll ihre leerstehenden Gebäude an die Stadt vermieten. Und so lange es noch leerstehende öffentliche Gebäude oder ungenutzte öffentliche Flächen in Bremen gibt, wird es keine Enteignungen geben.

Dafür, dass sie kurzfristig die Belegung der Unterkunft in der Luxemburger Straße 50 anordnen musste, hat sie sich schon beim Beirat entschuldigt und versucht, in dieser Sitzung, auch der Bevölkerung die Umstände zu verdeutlichen. Sie will den Anwohnern auch nicht aus dem Weg gehen, sondern das Gespräch mit ihnen suchen. Es ist aber klar, dass ab 22 Uhr Nachtruhe herrschen soll. Dieses muss den Jugendlichen vermittelt werden.

Beim ehemaligen ALDI, welcher derzeit leer steht, ist eine Unterbringung von Flüchtlingen nicht möglich, da dieses in Industriegebieten nicht zulässig ist. Und wie lange die einzelnen neuen und alten Einrichtungen in Huchting gebraucht werden, kann sie nicht sagen.

Für einen Flüchtling stehen derzeit pro Jahr knapp 12.000 Euro zur Verfügung. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass unter den Flüchtlingen viele Akademiker sind, die unserer Wirtschaft helfen werden, anstatt ihr „zu schaden“. So sind z. B. letzten Monat sechs syrische Ärzte in Bremen eingetroffen. Die Menschen, die hier ankommen, wollen sich einbringen und sind dankbar dafür, dass sie hier aufgenommen werden. Außerdem darf man bei der Frage nach Geld nicht vergessen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger Geld kostet, die oder der am öffentlichen Leben teilnimmt.

Sie möchte sich auch noch einmal beim Beirat und den Einrichtungen im Stadtteil für die tolle Unterstützung bedanken. Die Diskussionen im Beirat liefern immer einen wichtigen Teil zur Akzeptanz in der Bevölkerung. Und die Erklärung des Beiratssprechers war einfach nur toll und zeigt allen, dass Flüchtlinge in Huchting willkommen sind. Wenn die Leute Probleme mit der Unterbringung der umF in der Luxemburger Straße 50 haben, sollen sie nicht mit dem Beirat schimpfen, sondern sich an sie wenden, sie hat die Unterbringung schließlich angeordnet.

Herr Bries trägt die Forderungen des Beirates bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen in Huchting, gefasst im Fachausschuss Jugend und Integration, vor:

- „Absolute Transparenz und Ehrlichkeit, was mit den bestehenden 3 (Wardamm, Huchtinger Heerstraße und Luxemburger Straße 50) und weiteren angedachten ÜWH beziehungsweise Notunterkünften für Flüchtlinge in Huchting geschehen soll
- Regelmäßige Informationen über die Zu- und Abgänge von Flüchtlingen in den ÜWH und Notunterkünften

- Die Einrichtung ausreichender Schulplätze für die schulpflichtigen Flüchtlinge im Stadtteil. Kurzfristig durch die Finanzierung des Nachmittagsunterrichtes an der Roland zu Bremen Oberschule 4x in der Woche. Langfristig durch den Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen und einer Vierzügigkeit der Oberschule an der Hermannsburg.
- Einrichtung von ausreichenden Vorkursen für die in Huchting untergebrachten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge
- Sofortige Beratung und Einstellung der Huchting 2016 insgesamt nach der Berechnung zustehenden Mitteln der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Haushalt 2016
- Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln zur Finanzierung von Angeboten für die jugendlichen Flüchtlinge für Huchtinger Freizeit- und Sporteinrichtungen
- Finanzierung von Sportangeboten inklusive Schwimmkursen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge
- Herrichtung des Gebäudes und des Außengeländes der Notunterkunft Luxemburger Straße 50 unter Mithilfe der Jugendlichen und Bereitstellung der Sachmittel hierfür
- Überdachung des Weges zum Essencontainer
- Betreuungspersonal in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen
- Schnellstmögliche Information über den zukünftig dort tätigen Träger
- Schwimmkurse für Flüchtlinge finanzieren“

Auch der Jugendbeirat Huchting hat einen Beschluss gefasst, der von ihrer Sprecherin, Danielle Cikryt, vorgetragen wird:

„Der Jugendbeirat Huchting stellt hiermit den Antrag auf die sofortige Bewilligung bzw. Auszahlung der Huchting aus den Mittel für die Offene Kinder- und Jugendarbeit 2016 (Stadtteilbudget) eigentlich zustehenden Mittel in Höhe von 635.000 Euro.

Viele Programme und Aktivitäten mussten infolge der fehlenden Gelder gekürzt oder sogar ganz gestrichen werden. In Anbetracht der aktuellen Situation, der Unterbringung von 55 minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen in der Luxemburger Str. 50 und der augenscheinlich geplanten weiteren Unterbringung einer Vielzahl von Flüchtlingen in der Obervielander Str., sind wir auf diese Gelder jedoch angewiesen, um eine optimale Eingliederung der jungen Menschen in das Stadtteilgeschehen gewährleisten zu können. Wir als Jugendbeirat möchten, dass alle Huchtinger Jugendlichen, egal ob hier geboren, hergezogen oder hier untergebracht, miteinander ins Gespräch kommen und eine Gemeinschaft bilden können. Dies geht jedoch nur, wenn hierfür die nötigen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Der Jugendbeirat Huchting beantragt die Bereitstellung der fehlenden und dem Stadtteil zustehenden Gelder, so schnell wie möglich und nicht auf einen längeren Zeitraum verteilt, damit vor allem die aktuelle Situation im Sinne aller gemeistert werden kann.“

Nun werden die Anträge der Parteien in der Reihenfolge vorgetragen in der sie im Ortsamt Huchting eingegangen sind:

1. Herr Golkontt trägt den Antrag der AfD für „respektvollen Umgang“ vor:

„Der Beirat Huchting setzt sich dafür ein, dass in der Asylbewerberheimfrage in Huchting ein respektvoller Umgang zwischen Befürwortern und Gegnern geübt wird. Dies bedeutet, dass beide Seiten sich darum bemühen ihre Emotionen zurückzuhalten, damit eine konstruktive und zielgerichtete Diskussion möglich wird. Des Weiteren sollten beide Seiten auf verunglimpfende Bezeichnungen und die Unterstellung böser Absichten der jeweils anderen Seite verzichten.“

Abstimmung: 2 Stimmen für den Antrag, 13 dagegen.

Beschluss: Der Antrag für „respektvollen Umgang“ wird abgelehnt.

2. Antrag der AfD „Aussetzung der Grundsteuer wegen entstandener Kosten aus Regierungshandeln“:

„Der Beirat Huchting setzt sich für die rückwirkende Aussetzung der Grundsteuer für betroffene Bürger ein, die aufgrund des Regierungshandelns bezüglich des Asylbewerberheims in der Luxemburger Straße finanzielle Einbußen im Sinne von gesunkenen Immobilienpreisen erlitten haben. Die Aussetzung soll solange bestand haben, bis die Asylbewerberheimfrage geklärt ist.“

Abstimmung: 2 Stimmen für den Antrag, 13 dagegen.

Beschluss: Der Antrag „Aussetzung der Grundsteuer wegen entstandener Kosten aus Regierungshandeln“ wird abgelehnt.

3. Antrag der AfD für eine „konsequente Asylpolitik in Bremen“:

„Der Beirat Huchting setzt sich für eine konsequente Asylpolitik in Bremen ein. Um asylberechtigten Menschen den ihnen angemessenen Schutz und Wohnraum zu bieten, fordert der Beirat die Landesregierung dazu auf, die notwendigen finanziellen Mittel für eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber bereitzustellen. Des Weiteren soll die Landesregierung ihren Einfluss auf Bundesebene dazu nutzen, um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit den für eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen notwendigen Mitteln und Personal auszustatten.“

Abstimmung: 3 Stimmen für den Antrag, 12 dagegen.

Beschluss: Der Antrag „konsequente Asylpolitik in Bremen“ wird abgelehnt.

4. „Die SPD-Fraktion trägt Forderungen für die Unterbringung von Flüchtlingen in Huchting vor:

- Herrichtung geeigneter Räume zur Freizeitgestaltung in der Luxemburger Straße 50
- Stadteilgerechte Verteilung der ankommenden Flüchtlinge durch Ermittlung eines Verteilerschlüssels für Bremen
- Ausbau der Werkschule, Wilhelm Wagenfeld Schule (für Jugendliche Flüchtlinge)
- Eine ÖPNV Anbindung des ÜWH am Wardamm
- Ersatzflächen schaffen für die Fläche der Obervielander Straße (Platz 7) - die Mini Tore sind im Besitz des Beirates
- Schnelle und unbürokratische Lösungen für die Kinder von 1-6 Jahren, Vorschlag, auf der Fläche des Platz 7 eine Kita Einrichtung schaffen für 2 Gruppen, für alle Kinder im Stadtteil, da wir auch in diesem Bereich eine Unterversorgung haben
- Schnelle Lösungen zum Bau von Sozialen Wohnungsbau z: B. Brokhuchting, Willakedamm, Sodenmatt und Am Klaukamp
- Sprachförderung, Dolmetscher, Personalkapazität zur Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements (z.B. der Hilfe zur Selbsthilfe, der Paten usw.); es werden verlässliche Ansprechpartner gebraucht
- Schnelle Anmeldung der Jugendlichen beim Einwohnermeldeamt“

Aus dem Beirat wird gesagt, dass die Brokhuchtinger Wiesen aus dem Antrag herausgenommen werden sollen. Auf dem Gelände ist mehrgeschossiges Bauen sowieso nicht möglich. Es wird vorgeschlagen, nur die schnellere Bebauung von Flächen zu nennen, nicht die Gebiete explizit zu erwähnen. Die einzelnen Standorte könnten im Fachausschuss BUS noch einmal abgestimmt werden.

Der Antrag kommt zur Abstimmung mit der Ergänzung um die schnellere Bearbeitung der Anmeldungen von Flüchtlingen beim Einwohnermeldeamt und der Streichung der Benennung der Baugebiete.

Abstimmung: 14 Stimmen für den Antrag, 1 dagegen.

Beschluss: Der Antrag der SPD wird mit der Ergänzung um die schnellere Bearbeitung der Anmeldungen von Flüchtlingen beim Einwohnermeldeamt und ohne die Nennung der Baugebiete angenommen.

5. Antrag der CDU, der die Beschlüsse des Fachausschusses Jugend und Integration ergänzen soll:

- „Nicht „langfristig“ muss der Ausbau der Ganztagschulen in Huchting erfolgen, sondern „kurzfristig“ so umgesetzt werden, dass die steigenden Schülerzahlen aufgenommen werden können.
- Ebenso soll der geplante Kindergartenausbau in Huchting (Blanker Hans, Grolland, Auf den Kahlken - Wiese bei der Tegeler Plate -) unmittelbar umgesetzt werden.
- Die Betreuung der Jugendlichen und Kinder muss durch geschultes, sozialpädagogisches Personal erfolgen.
- Der Sportunterricht sowie die im Stadtteil vorhandenen Sportangebote, die im Winter Hallen für das Training benötigen, müssen auch weiterhin regelmäßige Trainingszeiten und Schulsportstunden erhalten.
- Um die stabilisierende Wirkung der freien Kinder- und Jugendarbeit nicht zu gefährden und eine planbare Schwerpunktbildung bei den zukünftigen Aktivitäten in 2016 im Bereich der Integration von jugendlichen Flüchtlingen für die Träger zu ermöglichen, müssen die Gelder des alten APK/ OKJA aus der Haushaltssperre herausgenommen und in voller Höhe dem Stadtteil zur Verfügung gestellt werden.
- Der Beirat muss in allen Fragen der zukünftigen Wohnraumfindung / Bau einbezogen werden und zustimmen.“

Abstimmung: 14 Stimmen für den Antrag, eine Enthaltung.

Einstimmiger Beschluss: Der Beirat Huchting stimmt den Ergänzungen der Fraktion der CDU zu den Beschlüssen des Fachausschuss Jugend und Integration zu.

6. Antrag der BIW für die „Bereitstellung von Mitteln und Personal für die durchgehende Öffnung des Polizeireviers in Huchting (9. Revier)“:

„Das 9. Revier erhält sofort oder zumindest in einem sehr kurzen Zeitrahmen genügend Mittel und Personal, damit das Revier wieder rund um die Uhr besetzt werden kann und auch handlungsfähig ist. Ebenfalls ist darauf zu achten, dass den Beamten verlässliche Fahrzeuge zur Verfügung stehen.“

Abstimmung: 7 Stimmen für den Antrag, 8 dagegen.

Beschluss: Der Beirat Huchting lehnt den Antrag der Partei BIW „Bereitstellung von Mitteln und Personal für die durchgehende Öffnung des Polizeireviers in Huchting (9. Revier)“ ab.

TOP 4 Verschiedenes

Frau Yildirim verliert eine Einladung des Caritas-Jugendmigrationsdienstes anlässlich des 10-jährigen Bestehens in Huchting am 06.10.2015, 15.00 Uhr, im Stadtteilhaus Huchting, Tegeler Plate 23.

Ende der Sitzung: 21.20 Uhr

Beiratssprecher
gez. Herr Bries

Sitzungsleiterin
gez. Frau Yildirim

Protokoll
gez. Herr Hobbiesiefken